

Rettungseinsatz an linkem Zentrum

## Sonderrechte für Autonome

Von Karsten D. Hoffmann

In der vergangenen Woche kursierte eine Meldung, nach der Rettungssanitäter in Berlin von Linksautonomen daran gehindert worden wären, das Gelände eines linken Wohnprojekts zu betreten. Die Bewohner selbst hatten die Rettungskräfte alarmiert, nachdem sie eine junge Frau leblos aufgefunden hatten. Das dargestellte Verhalten der Autonomen sorgte parteiübergreifend für Empörung. Die Meldung indes erwies sich als nicht richtig: Notarzt und Sanitäter waren zuerst ungestört auf das Gelände gelangt und forderten die Polizei an, nachdem sie den Tod der 27-jährigen festgestellt hatten.

Linke Medien gingen danach zum Gegenangriff über und rügten die Kritik am Geschehen als überstürzt und falsch. Dabei ist das, was passierte, durchaus kritikwürdig, denn die mit starken Kräften angerückte Polizei mußte zunächst Verhandlungen mit Vertretern des linken Zentrums aufnehmen, bevor diese drei Beamte auf das Gelände (nicht ins Gebäude) ließen. Ob sich die Polizei an anderen Orten in ähnlich gelagerten Sachverhalten genauso zurückhaltend gezeigt hätte, ist zweifelhaft – immerhin handelt es sich um ein Todesermittlungsverfahren. Ausgerechnet militanten Linken Sonderrechte einzuräumen, ist ein fatales Zeichen.

Dr. Karsten D. Hoffmann ist Politikwissenschaftler, war Bereitschaftspolizist und leitet nun die Forschungsgruppe Extremismus und Militanz e. V.

Gescheitertes Verfassungsreferendum in Italien

## Bruchstelle des Euro

Von Dirk Meyer

Die Finanzmärkte zeigen nach dem Verfassungsreferendum zumindest kurzfristig eine gelassene Reaktion. Das Vertrauen auf die Wirkung eines weiteren Voodoo-Zaubers der EZB scheint ungebrochen. Dabei könnte Italien zur Bruchstelle des Euro werden: Wachstumsschwäche und hohe Arbeitslosigkeit (11,7 Prozent) gerade bei Jugendlichen (37,1 Prozent); zweithöchste Staatsverschuldung (134 Prozent des BIP) des Euroraumes; mit notleidenden Krediten in einem Volumen von etwa 360 Milliarden Euro (entsprechend 22 Prozent des BIP) gehört das italienische Bankensystem zum marodesten der Eurozone.

Hinzu kommen die politischen Instabilitäten. Als drittgrößtes Land des Eurosystems ist es sechsmal so bedeutsam wie Griechenland. Eine entsprechende Banken- bzw. Eurokrise würde keine EZB und kein Rettungsschirm auffangen können. Es wäre das Ende der Gemeinschaftswährung in der jetzigen Form. Doch bereits die Steuerung „gegen ein Europa der Regeln, der technischen Details, der Finanzen und der Austerität“ (Matteo Renzi) erfolgt abseits der Regeln des EU-Vertrages bei einer De-facto-Außerkräftsetzung des Stabilitäts- und Fiskalpaktes gemäß dem Grundsatz: Neue Ordnung entsteht aus der Gewöhnung an Unordnung.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Anetta Kahane

## Victorias Sieg

Von Felix Krautkrämer

Daß die Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung als IM für die Stasi tätig war, ist kein Geheimnis. Unter dem Decknamen „Victoria“ spitzelte sie jahrelang für den DDR-Geheimdienst, belastete Personen und erhielt dafür die eine oder andere Belohnung. Ob sie dadurch den Angeschwägerten Schaden zufügte, darüber gehen die Meinungen auseinander. Der Historiker Helmut Müller-Enbergs verneint dies in einem Gutachten. Allerdings standen Müller-Enbergs weder die gesamte Stasi-Akte Kahanas zur Verfügung noch die Akten der Personen, über die sie berichtete.

Der Stasi-Experte Hubertus Knabe hat sich Kahanas Akte nun nochmals genauer angesehen. Er kommt zu dem Schluß, ihre IM-Tätigkeit sei als „mittelschwer“ einzustufen. (Siehe S. 6). Knabe rät daher Bundesjustizminister Heiko Maas, die Kooperation mit der Amadeu-Antonio-Stiftung bei der Bekämpfung von Haßkommentaren im Internet auf Eis zu legen.

Das aber wird nicht passieren. Kahane selbst sitzt fest im Sattel. Ihre Stiftung hat sich durch vielseitige staatliche Förderungen und Kooperationen längst einen behördenähnlichen Status erworben. Daran trägt auch die CDU Schuld. Denn sie hat lange ignoriert, daß sich vieles, das die Amadeu-Antonio-Stiftung propagiert, in letzter Konsequenz gegen die CDU selbst und große Teile ihrer Anhänger richtet.



„Seht ihr, ist doch alles gutgegangen ...“

# Der entglittene Triumph

Österreich: Im Kampf alle gegen einen ist das Ergebnis Hofers mehr als beachtlich

ANDREAS UNTERBERGER

In Österreich haben Harmoniesucht und eine breite Allianz der polit-medialen Klasse über die Unzufriedenheit gesiegt. Der überraschend klare Sieg des Grünen Van der Bellen bei der Bundespräsidentenwahl hat zugleich doppelten Premieriencharakter.

Erstens: Es ist das erste Mal in Europa, daß ein Grüner bei einer nationalen Wahl die absolute Mehrheit erringt. Wir sehen vor allem: Rot und Grün sind austauschbar geworden. Das beweist der erste Durchgang besonders deutlich, als es noch einen SPÖ-Kandidaten gegeben hat. Dieser hat nur elf Prozent bekommen, Van der Bellen hingegen schon 21. SPÖ-Wähler sehen (zu recht) fast keinen Unterschied mehr zwischen Rot und Grün. Das ist ein Riesendilemma für die SPÖ, obwohl sie nach außen den Sieg von Van der Bellen laut bejubelt hat. Künftig wird sie sich daher scheuen, auch nur in einer Frage linke Positionen aufzugeben.

Die zweite Bedeutung des Van-der-Bellen-Erfolges: Die Grünen sind die Partei des Establishments geworden. Das ist eigentlich grotesk, wenn man an die Vergangenheit denkt, wo die Grünen in Österreich wie Deutschland eine gewalttätige und aktionistische Opposition waren, die das „System“ weit ärger bekämpft hat als heute die FPÖ. Van der Bellen hat im Wahlkampf keine einzige Position vertreten, die in Widerspruch zur Regierung stehen würde. Selbst zu Ceta und TTIP war seine Kritik – wenn überhaupt zu hören – viel ambivalenter als die harte von Norbert Hofer, und auch zarter als die der SPÖ.

Der langjährige grüne Parteichef präsentiert sich als glühender EU-Befürworter und Vorkämpfer von Unternehmer-Interessen. Daß die Grünen (allerdings nicht Van der Bellen selbst) etwa noch 1994 beim Beitrittsreferendum die EU vehement bekämpft haben, kann man nur noch in Geschichtsbüchern nachlesen. In diesem Wahlkampf wurde das nie mehr erwähnt.

Ein Chamäleon ist nichts im Vergleich zu dieser Wandlungsfähigkeit der Grünen. Van der Bellen wurde freilich vom (überwiegend sympathisierenden) österreichischen Journalismus auch nie kritisch nach seiner Beweglichkeit befragt. Dabei war in seiner Zeit als Parteichef ein Programm beschlossen worden, das vor marxistischen, genderistischen und Völkerwanderungs-bejubelnden Aussagen strotzte.

Nun hat Österreich einen grünen Bundespräsidenten als Mann der gesamten etablierten Macht, von Bundes- wie Vizekanzler, von Sozialpartnern, Kulturszene wie Medien. Er hat zwar keiner einzigen grünen Positionen wirklich abgeschworen. Er könnte sie alle jederzeit mit der Autorität eines Bundespräsidenten aufsitzen. Freilich scheint diese Gefahr nicht groß: Der ganze Charakter Van der Bellens spricht dafür, daß er dauerhaft harmlos, konflikt-

**»Trotz des Rückschlags scheint es sicher, daß die FPÖ bei der Wahl des Nationalrats 2018 stärkste Partei wird.«**

scheu, um nicht zu sagen faul bleibt.

Im Kampf gegen diese geballte Macht und Allianz aller etablierten Strukturen ist es fast sensationell, daß Norbert Hofer 46 Prozent errungen hat. Dennoch sind die Freiheitlichen tief enttäuscht. Sie haben mehr erwartet. Jetzt liegt Van der Bellen um rund 300.000 Stimmen vor Hofer, während der Abstand beim ersten (dann von der FPÖ selbst angefochtenen und nun wiederholten) Anlauf einer Stichwahl im Mai nur 30.000 Stimmen betragen hatte. Daher ist es eine klare Niederlage, auch wenn die 46 Prozent, so wie die 35 des ersten Durchgangs an sich ein historischer Triumph der FPÖ wären.

Was aber war ausschlaggebend, daß Hofer so zurückgefallen ist?

1. Migration und Islamisierung als eigentlich zentrale Probleme wurden von den Medien total weggeräumt, um Van der Bellen zu helfen. So wurde der jüngste

Terroranschlag in Amerika mit elf Verletzten im ORF totgeschwiegen.

2. Aber auch die Hofer-Kampagne hat seltsamerweise kaum versucht, die Völkerwanderung wieder zu thematisieren.

3. Es gelang den Gegnern, die FPÖ als EU-Austrittspartei abzustempeln. Das schadete. Die Mehrheit der Österreicher will bei aller Kritik in der EU bleiben. Hofer dementierte zwar vehement, daß er für einen EU-Austritt wäre, hat allerdings ein Austrittsreferendum für zwei Fälle verlangt: bei einem EU-Beitritt der Türkei und einer Entwicklung der EU zu noch mehr Zentralismus. Nach dem Brexit-Referendum hat die FPÖ freilich auch direkt einen EU-Austritt verlangt. Das hängt nach.

4. Hofer wurde trotz seiner freundlichen Art oft von Freund und Feind mit Donald Trump verglichen. Trump wirkt aber auch bei eher rechtsgerichteten Österreichern abschreckend.

5. Die bürgerliche ÖVP war fast genau in der Mitte gespalten, sodaß Hofer im Gegensatz zu seinem Konkurrenten nur wenig Unterstützung von außen hatte. ÖVP-Obmann Mitterlehner war für Van der Bellen, Fraktionschef Lopatka für Hofer.

6. Obwohl sich Hofer sehr um christliche Wähler bemühte, hatten dennoch viele von ihnen Berührungängste, war doch sein Lager (die betont deutschnationalen Burschenschaften) traditionell immer kirchenfeindlich.

7. Wahlanfechtungen aus bloß formaljuristischen Gründen sind unpopulär. 8. Und letztlich: Die Österreicher raunen gern und viel – aber haben doch mehrheitlich keine Lust auf allzu scharfe Kontroversen.

Trotz dieses Rückschlags scheint sicher, daß die FPÖ bei der 2018 fälligen Neuwahl stärkste Partei wird. SPÖ wie ÖVP werden dann erneut vor dem Dilemma stehen: mit der FPÖ koalieren – oder ein extrem fragiles Bündnis aller gegen eine Partei zu bilden. Die Präsidentenwahl klang wie ein Vorspiel zur zweiten Variante.

Dr. Andreas Unterberger war Chefredakteur der Presse und der Wiener Zeitung.

### Zitate

„Jedenfalls meint jetzt mancher bei den Grünen, Beck soll weg. Ausgerechnet Beck! Er ist in der deutschen Politik immer noch die wichtigste Stimme für die Rechte der Homosexuellen. Er ist ein glaubwürdiger und entschlossener Kämpfer gegen Rassismus und Antisemitismus. Er setzt sich mit einer Leidenschaft, die nur noch wenige Linke mobilisieren können, für ein gutes deutsch-israelisches Verhältnis ein und hat gleichzeitig nie gezögert, die israelische Siedlungspolitik zu kritisieren. Kurz: Er gehört zum schmaler werdenden Rest seiner Partei, der das bürgerrechtliche Erbe der Grünen noch glaubwürdig vertreten kann.“

Jakob Augstein, Verleger und Journalist, auf „Spiegel Online“ am 1. Dezember 2016

„Die Aufnahme von Flüchtlingen heute erfolgt ja aus humanitären Gründen, auch wenn nicht ganz einsichtig ist, warum man diese humanitäre Hilfe nicht besser grenznah in den Heimatländern der Menschen anwendet. Es gibt aus wirtschaftlicher Sicht für Deutschland keinen Grund, Flüchtlinge aufzunehmen, um den Bedarf an Arbeitskräften in Zukunft decken zu können, wie das manchmal suggeriert wird. Im europäischen Binnenmarkt mit seinen 500 Millionen Menschen läßt sich der Bedarf an Facharbeitern mühelos decken.“

Werner Abelsbauer, Historiker, in der „Welt am Sonntag“ vom 4. Dezember 2016

„Der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus. Er wird einen Clown sagen lassen: Ich bin die Zivilgesellschaft.“

Rainer Meyer (Don Alphonso), Blogger und Autor, auf Twitter am 3. Dezember 2016

„Vielleicht ist es ja nur der uralte, seltsame Minderwertigkeitskomplex, den Menschen, die am Schreibtisch sitzen und schreiben, gegenüber denjenigen haben, die am Präfluthammer stehen und die Straße aufreißen. Dabei ist der Mann am Präfluthammer für den Menschen am Schreibtisch vor allem Projekt schillernder Projektionen: Er ist unverstellt, statt in einer Blase zu leben, er hat Identität statt Identitäten, reale Probleme statt Neurosen. Und: Er ist rechts. Grundsätzlich. Authentisch sein heißt rechts sein. Liberalsein ist eine Elitenveranstaltung. Zum Beispiel von Journalisten.“

Just Kaiser, Autor, in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ am 4. Dezember 2016

„Ende der 90er Jahre, als ich Journalist bei der Tageszeitung Die Welt war, hielten wir redaktionsintern eine Wahl ab. Mehr als 60 Prozent der Journalisten wählten SPD oder Grüne. Und das bei einer Tageszeitung, die allgemein eher als 'konservativ' gilt.“

Rainer Zitelmann, Publizist und Immobilienexperte, auf theuropean.de am 5. Dezember 2016

„Die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland ist stark gestiegen. Da ist es nicht erstaunlich, daß die Zahl der Gewalttaten von Flüchtlingen steigt.“

Boris Palmer (Grüne), Tübinger Oberbürgermeister, im Interview mit dem „Tagespiegel“ am 6. Dezember 2016

### Aufgeschnappt

## Fetter Churchill

MATTHIAS BÄKERMANN

Fälschungssicher und langlebiger soll sie sein, verkündete die Bank of England stolz, als sie im September die neue 5-Pfund-Banknote präsentierte. Doch wie The Telegraph vergangene Woche meldete, braut sich nun ein Proteststurm zusammen, da herausgekommen ist, daß in den Polymer-Pellets für die Herstellung der Geldscheine mit dem Konterfei des knurrig blickenden Winston Churchill „Spuren von tierischem Talg“ enthalten seien.

Zuerst empörten sich sensible Veganer, die für ihre Forderung, die neuen Banknoten-Serie umgehend aus dem Verkehr zu ziehen,

eine Petition gestartet haben. Ihr Initiator Doug Maw, strenger Veganer seit zwanzig Jahren, konnte innerhalb weniger Tage mehrere hunderttausend Unterzeichner gewinnen. Vermutlich hat auch der Hinweis die Petition befördert, daß ein Gebrauch von Schweinefett die Scheine für Moslems nicht mehr als halal gelten lasse. Ausgeschlossen werden kann allerdings auch nicht die Verwendung von Rinderfett, was Trupti Panel, Präsidentin des britischen Hindu-Forums, auf die Barrikaden brachte, die das als „absolut inakzeptabel“ wertet. Die Erinnerung an den indischen Sepoy-Aufstand von 1857 sollte die Briten daran erinnern, daß ähnliche Ursachen damals fast das Weltreich erschütterten konnten.

### Bild der Woche

## Aussortiert



Das war's dann wohl: Volker Beck hat den Kampf um einen sicheren Listenplatz für den Bundestag verloren (siehe Seite 4). Ein Trost: Abseits der Politik bleibt mehr Zeit für Hobbys.

### Lesereinspruch

## EU ist nicht Europa

Zu: „Alternative für Frankreich“ von Jürgen Liminski (JF 48/16)

Ihr Kommentator glaubt, François Fillon, Sieger des ersten Wahlganges im bürgerlichen Lager, repräsentiere die „europaskeptischen“ und patriotisch gesinnten Bürger. Europaskeptisch ist diese Wählergruppe weder in Frankreich noch in Deutschland oder in einem anderen europäischen Land. Sicherlich ist kein patriotisch eingestellter Franzose oder Deutscher skeptisch gegenüber dem Kontinent, in dem er lebt. Viele patriotisch gesinnte Europäer sind aber EU-skeptisch eingestellt, und dies aus nachvollziehbaren Gründen. Das Establishment und damit verbunden auch die Medien möchte uns seit Jahrzehnten einreden, daß Europa und die EU deckungsgleich wären. Da sollten wir nicht mitmachen. Auch die Wahlen

zum EU-Parlament sollten wir nicht als Europawahl, sondern als EU-Wahl bezeichnen. Europa ist mehr als die EU: Es ist unser Kontinent mit seinen vielen verschiedenen Völkern, Kulturen und Sprachen, hat eine stolze Vergangenheit und wird auch in Zukunft, wenn die EU schon Geschichte ist, von seinen Völkern geliebt und verteidigt werden.

MARTIN RAUTENBERG, OBER-RAMSTADT



Ihre Leserbriefe senden Sie an:  
JUNGE FREIHEIT Leserforum  
Hohenzollerndamm 27a,  
10713 Berlin  
E-Mail: leserbriefe@jungefreiheit.de  
Fax: 030/8649 53-14